



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VI/2019/04888**
Datum: 06.02.2019
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Raue, Alexander
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	27.02.2019	öffentlich Kenntnisnahme

Betreff: Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle zur Beschaffung von Dokumentenprüfgeräten für die Bürgerservicestellen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für Ihre Bürgerservicestellen, Marktplatz 1 und Am Stadion 6, jeweils ein Dokumentenprüfgerät beispielsweise das Visotec Expert von der Bundesdruckerei zur Prüfung von Pässen, Visa, Aufenthaltstiteln und Führerscheinen anzuschaffen.

Dabei ist vorab zu prüfen, ob ein Mietmodell oder der Kauf der Geräte wirtschaftlicher ist.

gez. A. Raue
Fraktionsvorsitzender der AfD Stadtratsfraktion

Begründung:

Wie man Berichten im öffentlichen TV entnehmen konnte, blüht, besonders in Griechenland, Rumänien und Bulgarien, der Handel mit gefälschten Pässen.

Insbesondere beschaffen sich hier Nicht-EU-Bürger falsche Identitäten. Diese berechtigen die Besitzer zur Teilhabe an den vier Grundfreiheiten innerhalb der Europäischen Union.

Sie sind somit der entscheidende Schlüssel zu hiesiger Wohnsitznahme und unbegrenztem, dauerhaftem Zugang zu deutschen Sozialleistungen, welche auch die Hauptmotivation der internationalen illegalen Migration nach Deutschland ist.

Die Stadt Halle hat die Aufgabe, ihr übertragene, hart erarbeitete Steuermittel der Bürger verantwortungsbewusst und zweckbestimmt im Sinne unserer Bürger einzusetzen, sowie Erschleichung, Missbrauch und Fehlleitung zu verhindern. Ihr obliegt die gründliche Prüfung der individuellen Berechtigung und somit der Ausweisdokumente, welche eine solche Berechtigung überhaupt erst begründen. Die Bereitschaft zur nationalen Solidarität kann nur dann erhalten werden, wenn sicher gestellt ist, dass nicht internationale kriminelle Schlepperorganisationen mit Hilfe gefälschter Identitäten die deutschen sozialen Sicherungssysteme anzapfen und somit die Aufwendungen der Allgemeinheit für die Erwirtschaftung und Bereitstellung der Sozialleistungen zur Versorgung Unberechtigter erhöhen.

Nachdem das rechtsstaatliche Vertrauen der Bürger in ihre Behörden seit den großen Fehlentscheidungen in der Asylkrise gesunken ist, muss es nun durch konsequentes behördliches Handeln wieder gestärkt werden.

Das Bestehen und die Leistungsfähigkeit eines gerechten sozialen Absicherungssystems als bürgerlichem Hauptinteresse, gilt es zu sichern und vor der Auszehrung durch Unbefugte abzusichern.

Ein Erwerb und regulärer Einsatz dieser Dokumentenprüfgeräte dienen dem Wiederaufbau von Glaubwürdigkeit und Rechtsstaatlichkeit in unserer Stadt. Solch ein Gerät kostet ca. 1500 Euro und ist in etwa so leicht bedienbar wie ein Scanner in einem Supermarkt.

Sollte durch den Einsatz nur eine Einzelperson als Nicht EU-Bürger und somit nicht leistungsberechtigt festgestellt werden, so würde sich eine Einsparung von jährlich 10.000 bis 20.000 Euro und auf 50 Jahre hochgerechnet mindestens einer halben Million Euro ergeben.

Auch in der Presse wird dies zunehmend thematisiert. Den dort veröffentlichten Interviews mit Verantwortlichen der Verwaltung kann man entnehmen, dass sich dort ein entsprechendes Problembewusstsein entwickelt hat. Immer mehr dieser angefragten Verwaltungen z.B. alle Berliner Bürgerämter, wollen sich nun entsprechende Geräte anschaffen. Denn wer kennt sich bei der Menge von Dokumenten schon so gut aus, dass er Fälschungen immer erkennt?

Die Geräte helfen also nicht nur dabei Fälschungen zu erkennen, sie sind auch zur Optimierung der Verwaltungsprozesse hilfreich. So kann ein Prüfprotokoll angelegt werden, welches allen Abteilungen, die an Entscheidungsprozessen mitwirken, dann zur Verfügung gestellt wird.

Identitätsmissbrauch kann somit verhindert werden, es wird ein wirksamer Beitrag zur Stärkung der Sicherheit und Ordnung geleistet.

Auch bei der Bearbeitung ausländischer Führerscheine können diese Dokumentenprüfsysteme äußerst hilfreich sein.

So unterstützt es den Bearbeiter bei der Entscheidung, welche Hürden ein Antragsteller noch nehmen muss, bis er eine inländische Fahrerlaubnis erteilt bekommt. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Sicherheit auf unseren Straßen.

Insgesamt trägt der Einsatz eines Dokumentenprüfgerätes also signifikant zur Ordnung, Sicherheit, Gerechtigkeit und dem Vertrauen der Bürger in unserem Rechtsstaat bei.



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich
Finanzen und Personal

19. Februar 2019

Sitzung des Stadtrates am 27.02.2019

Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle zur Beschaffung von Dokumentenprüfgeräten für die Bürgerservicestellen

Vorlagen-Nummer: VI/2019/04888

TOP: 9.10

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Zuständigkeit des Stadtrates ist nicht gegeben, da es sich gemäß § 6 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG) um eine Aufgabe im übertragenen Wirkungskreis handelt.

Egbert Geier
Bürgermeister